

Berliner Krankenhausgesellschaft e.V. | Hallerstraße 6 | 10587 Berlin

**Bundeskanzleramt  
Frau Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel, MdB  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin**

Berliner Krankenhausgesellschaft e.V.  
Hallerstraße 6, 10587 Berlin  
Tel. 030 / 330 996 - 0  
Fax 030 / 330 996 - 66  
mail@bkgev.de  
www.bkgev.de

**Nachrichtlich  
Amtierender Vizekanzler und  
Bundesminister der Finanzen  
Herrn Olaf Scholz, MdB  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin**

21. März 2020

## **Schutzschirm für Krankenhäuser**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die Coronavirus-Krise stellt Deutschland vor elementare Herausforderungen. Es ist zu erwarten, dass binnen weniger Tage das Gesundheitssystem über seine Belastungsgrenze hinaus gefordert wird. Wir danken Ihnen, dass Sie die Krankenhäuser mit Ihren Beschäftigten als diejenigen würdigen, die bei der Bewältigung dieser Krise an vorderster Front Leben retten. Es gilt nun, aus Erfahrungen der anderen Länder zu lernen und den Schutz der Bevölkerung als oberste Priorität umzusetzen. Krankenhäuser stehen hierbei an zentraler Stelle. Sie unternehmen alles, um für die vielen schwer erkrankten Menschen vorbereitet zu sein. Dafür rekrutieren sie zusätzliches Personal und gehen mit vielen hundert Millionen Euro für Anschaffungen in Vorleistung. Dies geschieht in dem klaren Bekenntnis zu der Verantwortung, die die Krankenhäuser für den Schutz der Bevölkerung tragen.

Der heute vorgelegte Referentenentwurf für einen finanziellen Ausgleich der Coronavirus-Krise ist eine herbe Enttäuschung und ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die sich in den Kliniken für das Gemeinwohl einsetzen. Die mit der Einstellung des normalen Behandlungsgeschehens erwarteten enormen Umsatzeinbußen, die hohen zusätzlichen Kosten durch die aufwändige Behandlung von Covid-19 Patienten und die Zusatzkosten durch den hohen Aufwand an Schutzmaterial für unsere Beschäftigten werden durch diesen Gesetzesvorschlag nicht im Ansatz refinanziert. Auch die erheblichen zusätzlichen Aufwände für die Schaffung von zusätzlichen Behandlungskapazitäten, etwa durch die Anschaffung zusätzlicher Beatmungsgeräte oder durch die Aufstockung von Personal, lässt der Gesetzesentwurf weitgehend unberücksichtigt. Wir werden die hohe Komplexität in unseren Verwaltungssystemen und die umfänglichen Regulierungen unseres Gesundheitswesens in diesem Ausnahmezustand unmöglich bedienen können. Krankenhäuser laufen deshalb massiv Gefahr, ihre Beschäftigten nicht bezahlen zu können und die Krise selbst nicht zu überstehen. Eine sichere und schnelle Pauschalfinanzierung ist daher unerlässlich zur Sicherung unserer Leistungsfähigkeit.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, Krankenhäuser dürfen erwarten, dass sie bei der Bewältigung der Krise die volle Unterstützung durch die Politik erhalten. In der Bevölkerung wird diese Zustimmung in großen Sympathiewellen bereits gegeben. Nun muss auch Politik diese besondere Leistung der Krankenhäuser anerkennen und sie vor den finanziellen Auswirkungen ihres an die eigene Existenz gehenden Einsatzes schützen. Die DKG - Deutsche Krankenhausgesellschaft hat bereits mit Kostenträgern ein tragfähiges Konzept entwickelt. Wir bitten dringend, dass Sie dieses Konzept als Chefsache in die Praxis umsetzen.

Dieses Schreiben ergeht im Namen aller Landeskrankenhausgesellschaften.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Marc Schreiner  
Geschäftsführer

